



Edito

Kompetente Politik

Die vergangenen Bundesratswahlen waren begleitet von verschiedenen Nebengeräuschen, insbesondere wurde Kritik laut, dass Bundesräte während der Legislaturperiode nicht zurücktreten sollten. Der Parlamentsbetrieb würde dadurch zu stark belastet und die Parteien würden wegen der verschiedenen KandidatInnen zu stark absorbiert. Auch wenn dies zutreffen und parteipolitisches Kalkül bei Bundesratsrücktritten auch eine (kleine?) Rolle spielen mag, ist doch ein weiterer Faktor entscheidend: Die Schweiz und unser Regierungssystem können es sich gar nicht leisten, Bundesräte, die nicht mehr voll motiviert und engagiert sind, bis zum Ende der Legislaturperiode «durchzufüttern».

Nun, mit der Wahl von Johann Schneider-Ammann hat die FDP erneut einen Bundesrat, bei dem die Erwartungshaltung der Bevölkerung berechtigterweise sehr gross ist. Sein bisheriges politisches Engagement zeichnet ihn als gradlinig, liberal und wirtschaftsfreundlich aus. Zudem hat sein Wirken als Präsident der Swissmem und als Vizepräsident der Economie-suisse sehr viel dazu beigetragen, den Werkplatz Schweiz zu stützen. Insbesondere hat er sich für eine leistungsfähige Metall- und Maschinenindustrie eingesetzt. Mit diesem Engagement und v.a. als Unternehmer und Arbeitgeber hat Johann Schneider-Ammann besonders auch in sozialer Hinsicht einen echten Leistungsausweis erbracht. Eine der sozialsten Tätigkeiten ist ja bekanntlich die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements warten auf BR Schneider verschiedene Herausforderungen. Dabei denke ich auch an das Projekt eines Freihandelsabkommens mit der EU für die Landwirtschaft. Verschiedene internationale Wirtschaftsorganisationen (z.B. OECD) beurteilen die Schweizer Wirtschaftskraft immer sehr positiv, dagegen wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft negativ hervorgehoben. Mit diesen Vorzeichen und im Vorfeld des nächsten WTO-Abkommens ist es verständlich, dass die bisherige Wirtschaftsministerin Doris Leuthard im Bereich der Agrarpolitik offensive Schritte eingeleitet hat. Dies brachte ihr erhebliche Kritik aus der ländlichen Bevölkerung. Dieser Faktor missfiel offensichtlich der Parteileitung und der Departementswechsel von Frau BR Leuthard verspricht Linderung von diesen Schmerzen. Vermutlich ist auch dies ein nicht zu unterschätzender Faktor im Hinblick auf das Wahljahr 2011. Nun, BR Schneider-Ammann wird diese Herausforderung aufnehmen, mit allen erdenklichen Konsequenzen. Wir können davon ausgehen, dass er weiterhin eine gradlinige und wirtschaftsfreundliche Politik betreiben wird.

Jörg Schnyder, Präsident FDP Sense

Eidg. Abstimmung vom 28. November 2010: Steuerharmonisierungs-Initiative

Die von der SP eingereichte Volksinitiative will

- eine Mindestbesteuerung durch Kanton und Gemeinden von mindestens 22 % für Einkommen über CHF 250'000.–
- einen Steuersatz von mindestens 5 % für Vermögen über CHF 2 Millionen
- verhindern, dass der durchschnittliche Steuersatz von Bund, Kanton und Gemeinden weder bei steigendem steuerbaren Einkommen noch bei steigendem steuerbaren Vermögen abnehmen darf.

Die SP will also erneut die Steuern erhöhen unter dem Motto «Steuerwettbewerb ist schädlich und führt zu einer Reduktion der Steuereinnahmen und zu einem Abbau der staatlichen Leistungen». Das Gegenteil ist der Fall. Wie untenstehende Grafik zeigt, wuch-

sen die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden deutlich stärker als die Wirtschaft.

Offiziell geht es der SP um Steuergerechtigkeit. Was immer man auch darunter versteht: Ist es zum Beispiel gerecht, dass knapp 0,7 % der Steuerpflichtigen (jene mit einem steuerbaren Einkommen von über CHF 250'000.–) total 35 % der direkten Bundessteuer bezahlen?

Der SP waren die «Reichen» schon immer ein Dorn im Auge. Ich erinnere an die Reichtumssteuerinitiative, die 1977 von Volk und Ständen verworfen wurde. Was hat die SP eigentlich gegen Wohlhabende? Ohne sie würde es uns vermutlich schlechter gehen, denn wer würde all die Arbeitsplätze schaffen und Wohnungen bauen? Der Staat? Dazu gibt es genügend Beispiele, dass das am wenigsten funktioniert. Der wirtschaftliche Aufschwung von Russland und vor allem China kam erst auf

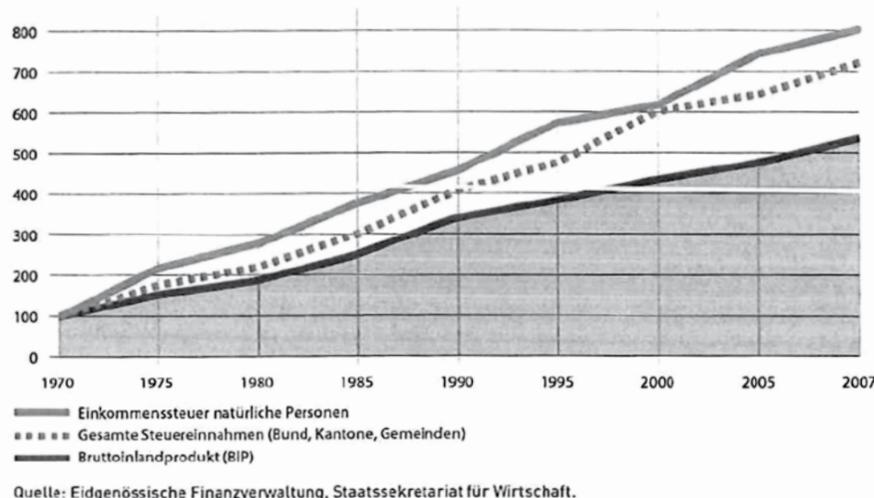
Touren, als es Privaten möglich wurde, viel (manchmal auch zuviel) Geld zu verdienen.

Vermutlich geht es der SP bei dieser Initiative um etwas ganz anderes. Die Freiheit der Kantone, Steuern selber festzulegen, und so den Steuerwettbewerb spielen zu lassen, ist für sie ein rotes Tuch. Wie die EU in Europa, möchte die SP in der Schweiz einheitliche Steuern. Damit wäre der Steuerwettbewerb unmöglich und die Umverteilungsmaschine könnte ungebremst weiterlaufen. Eine Umverteilung, die immer zu Lasten des aktiven Bürgers ginge. Die Initiative rüttelt auch an einem Grundpfeiler des schweizerischen Föderalismus, nämlich der verfassungsmässig garantierten Souveränität bei der Festlegung der direkten Steuern. In Geldfragen ist der Föderalismus von entscheidender Bedeutung. Denn: Je näher der Bürger bei Einnahmen und Ausgaben ist, desto sinnvoller wird das Geld eingesetzt.

Abzocker wird es leider immer geben. Deswegen aber die Steuerhoheit der Kantone anzukratzen, darf auf keinen Fall sein. Das verstehen sicher auch die Westschweizer Kantone. Von diesen ist kein einziger von der Initiative betroffen, ihre Steuern sind bereits höher. Vielleicht würde es die wirtschaftliche Lage verbessern, wenn in der Westschweiz der Steuerwettbewerb so funktionieren würde wie in der Zentral- und Ostschweiz.

Manfred Steiner, Schmitten

Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zum BIP (1970 = 100)



Neue Website

Die FDP Sense hat ab 1.11.2010 eine neue Website:

www.fdp-sense.ch

Wir freuen uns über Ihren Besuch!

Inhaltsverzeichnis

- Seite 1** – Edito
– Eidg. Abstimmung vom 28. November 2010: Steuerharmonisierungs-Initiative
– Neue Website
- Seite 2** – Ausschaffungsinitiative versus Gegenvorschlag
- Seite 3** – Ursula Eggelhöfer beendet das Amt als Präsidentin des Agglomerationsrats
– Zug um Zug für Düringen
- Seite 4** – Liberale Menschen
– Zum Nachdenken
– Die Linken vergeifen sich im Portemonnaie des Bürgers

Ausschaffungsinitiative versus Gegenvorschlag



Handlungsbedarf unbestritten

Es ist eine Realität, dass gerade bei den schweren Delikten der Anteil der Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz überproportional hoch ist.

Das Anliegen, welches die Volksinitiative der SVP aufnimmt, ist daher berechtigt. Wir können nicht übersehen, was auf der Strasse abgeht. Wir dürfen nicht zulassen, dass Gewalt, die von Leuten ausgeht, die in der Schweiz Gastrecht geniessen, einfach toleriert wird. Wir können nicht akzeptieren, dass in den kantonalen Behörden und Gerichten beim Entzug der Aufenthaltsbewilligung sehr unterschiedlich entschieden wird.

Unterschiedlich sind jedoch die Vorstellungen über die Art und Weise, wie das Problem angegangen werden soll. Bei der Ausschaffungsinitiative hat sich das Parlament die Frage gestellt, inwiefern diese überhaupt umgesetzt werden kann, wenn es technisch nicht möglich ist, jemanden auszuschaffen, sei es weil die Logistik fehlt oder weil das Herkunftsland sich weigert, eine Person zurück zu nehmen. Auch bei der Ausschaffung von kriminellen Minderjährigen stellen sich praktische Probleme, die hinlänglich aus dem Asylbereich bekannt sind. Weiter nimmt die Initiative keine Rücksicht auf die Schwere des Deliktes, womit der Verfassungsgrundsatz der Verhältnismässigkeit verletzt wird.

Wo liegen die Unterschiede?

Die SVP-Initiative sieht einen Verlust des Aufenthaltsrechtes vor wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen schweren Sexualdelikts wie Raub, wegen Menschenhandels, Drogenhandels oder eines Einbruchdelikts, bei missbräuchlichem Bezug von Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe. Die Schwere des Deliktes und das Strafmass werden nicht berücksichtigt. Andere Delikte, unabhängig von

der Höhe des Strafmasses, sind nicht erfasst. So fehlen als Ausschaffungsgrund beispielsweise schwere Körperverletzungen oder Betrugsdelikte. Wohl könnten gemäss Initiativtext weitere Delikte im Gesetz definiert werden. Um diesen Mangel der Initiative zu beheben braucht es allerdings eine Parlamentsmehrheit und diese ist höchst unsicher! Demgegenüber stellt der direkte Gegenvorschlag auf das Strafmass und die Deliktekategorie ab. Zwingend vorgesehen ist der Verlust des Aufenthaltsrechtes bei Mord, vorsätzlicher Tötung, schwerer Vergewaltigung, schwerer Körperverletzung, qualifiziertem Raub, Geiselnahme, qualifiziertem Menschenhandel, schwerem Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz. Bei einer anderen mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedrohten Straftat. Bei Betrug oder einer anderen Straftat im Bereich der Sozialhilfe, der Sozialversicherungen oder der öffentlich-rechtlichen Abgaben oder für einen Betrug im Bereich der Wirtschaft bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 18 Monaten. Bei einer anderen Straftat mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren. Auch Wiederholungstäter mit Freiheitsstrafen von insgesamt zwei Jahren können bei geringen Delikten ausgeschafft werden. Im Unterschied zur Initiative sieht der Gegenvorschlag aber die Einhaltung der Grundrechte und die Grundprinzipien der Bundesverfassung und des Völkerrechts, insbesondere der Grundsatz der Verhältnismässigkeit vor.

Die Frage der Umsetzbarkeit

Es stellt sich die Frage, welche Differenzen sich in der Praxis, also bei der realen Umsetzungsmöglichkeit der SVP-Initiative und des Gegenvorschlags ergeben. Dazu muss man wissen, dass es sich sowohl bei der Initiative als auch beim Gegenvorschlag lediglich um eine ausländerrechtliche Massnahme handelt, welche die Konsequenz einer strafrechtlichen Verurteilung ist. Konkret bedeutet dies, dass nach einer strafrechtlichen Verurteilung die kantonalen Migrationsbehörden erstinstanzlich und das Bundesgericht letztinstanzlich

über den Entzug der Aufenthaltsbewilligung zu entscheiden haben. Das rechtliche Gehör sowie die Rechtsweggarantie sind in der Bundesverfassung verankert und in jedem Fall, also bei beiden Vorlagen einzuhalten. Gestützt auf die Rechtspraxis bei Ausschaffungen im Asylbereich kann man in etwa abschätzen, wie die richterlichen Behörden vorgehen werden. Bei buchstabengetreuer Umsetzung der Ausschaffungsinitiative gibt es kaum einen Spielraum, um dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismässigkeit nachzuleben. Dies führt dazu, dass gemäss der Initiative ein Ausländer, der beispielsweise einen einfachen Einbruchdiebstahl begeht, ausgeschafft werden müsste. Ein Ausländer, der ein viel schwerwiegenderes Delikt – wie etwa schweren Betrug – begeht, könnte aber bleiben. Beim direkten Gegenvorschlag wäre es genau umgekehrt, da dieser die Verhältnismässigkeit berücksichtigt.

Kriminelle Minderjährige

Nicht ausgeblendet darf die ganze Problematik der kriminellen Minderjährigen. Hier setzen sowohl das Bundesverwaltungsgericht als auch die Kinderrechtskonvention Grenzen. Das Bundesverwaltungsgericht zeichnet zur Lösung dieses Konflikts zwei Wege auf: Erster Weg: Es wird im Herkunftsstaat nach Familienangehörigen gesucht, was sich oft als Suche nach der Nadel im Heuhaufen entpuppt. Zweiter Weg: Kriminelle Minderjährige werden vorläufig aufgenommen und nach dem Erreichen des 18. Altersjahres ausgewiesen. Es ist nicht anzunehmen, dass das Bundesgericht gegen die Kinderrechtskonvention oder gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) entscheiden würde. Ansonsten wäre mit einer Flut von Klagen beim europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg zu rechnen. Um eine buchstabengetreue Umsetzung der Initiative zu ermöglichen, müsste also die Schweiz konsequenterweise die Europäische Menschenrechtskonvention und die Kinderrechtskonvention kündigen. Der Gegenvorschlag sieht hingegen vor, dass solche völkerrecht-

lichen Verbindlichkeiten eingehalten werden.

Aussenpolitischer Flurschaden vermeiden

Die Initiative wäre bei buchstabengetreuer Umsetzung kaum mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen in Einklang zu bringen, da ja die Hürde für eine Ausweisung von solchen Personen erheblich höher liegt als bei Ausländern aus Nicht-EU-Staaten. Es ist aber nicht anzunehmen, dass die EU das Abkommen kündigen würde. Da keine Gerichtsbarkeit zum Freizügigkeitsabkommen existiert, müsste der dafür vorgesehene gemischte Ausschuss im Konsens eine Lösung finden. Zu bedenken ist dabei, dass die Schweiz viele offene Flanken hat: Etwa die Unternehmensbesteuerung oder die Altlasten im Bereich unversteuerter ausländischer Gelder. Nach einem Ja zur Initiative müssten wir uns also darauf einstellen, diesbezüglich mehr Druck auszuhalten. Der Gegenvorschlag verschärft gegenüber dem heutigen Recht die Wegweisungspraxis erheblich, ohne aber die EMRK, die Kinderrechtskonvention oder die Personenfreizügigkeit zu tangieren. Auch dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismässigkeit wird Rechnung getragen. Die Initiative setzt bei einer buchstabengetreuen Umsetzung die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Kinderrechtskonvention infrage. Und ausgerechnet bei jener Kategorie von Ausländern, die in der kürzlich publizierten Kriminalitätsstatistik teilweise gar noch besser abschneiden als die Schweizer, handeln wir uns zusätzliche Schwierigkeiten ein: Bei unserem Verhältnis zur EU, das uns bisher mit den Bilateralen I einen EU-Beitritt vom Leib gehalten hat. Dazu gehört als Kern die Personenfreizügigkeit. Der Missbrauch des Gastrechtes ist mit Wegweisung zu ahnden, keine Frage, aber auf eine Art, die «Hart aber Fair» ist, so wie es die Parlamentsmehrheit und der Bundesrat vorschlagen.

Philipp Müller, Nationalrat FDP

Für zu Fasel
Ihr VW-Vertreter im Sensebezirk!
Garage Fasel Düringen
Telefon 026 493 16 16 - www.garagefasel.ch

trans-auto its clean
Kanalreinigung
Curage des canalisations
Muldenservice
Service multi-bennes
sanitoi.ch
WC-Kabinen
Cabines WC
www.trans-auto.ch

Wir haben was Sie suchen.
LEHMANN
Düringen | www.lehmann.info

Lüdi, Berry Wines Beerenkulturen
Balbertswil 8, 3186 Düringen
www.berrywines.ch
info@berrywines.ch

STERNHAUS DÜRINGEN AG
Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düringen
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch
Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

ZENTRUMGARAGE
WALTHER
 RENAULT
3186 Düringen www.zentrum-garage.ch

AEBI-KADERLI GARTEN-CENTER
Aebi-Kaderli
Garten-Center AG
Stockera 1
CH-3186 Düringen FR
Tel. 026 488 33 33
Fax 026 488 33 34
www.aebi-kaderli.ch

antros
Zukunftsorientierte,
erfolgreiche Unternehmensführung
Beat Brühlhart
CH-3186 Düringen
www.antros.ch
info@antros.ch

CLERC **CLERC** **CLERC**
eigen-heim AG bau AG beton-trenn AG
planen - realisieren hoch- und tiefbau bohren - schneiden
Ihre Partner am Bau.
3186 Düringen www.clerc.ch

STAMPFLI AG
HAUSTECHNIK
SANITÄR & HEIZUNG

HAUPTSTRASSE 15
3186 DÜRINGEN
TEL. 026-493 11 29
FAX 026-493 29 62

PC PROF
HAUPTSTRASSE 34 | 3186 DÜRINGEN
T. 026 492 90 20 | F. 026 492 90 21
INFO@PC-PROFI.CH | WWW.PC-PROFI.CH

BOSCHUNG SCHMITTEN
Kücheneinrichtungen + Schreinerei

Bahnhofstrasse 37
3185 Schmitt
Telefon 026 497 50 00
Fax 026 497 50 10
info@boschungag.ch
www.boschungag.ch

Ursula Eggelhöfer beendet das Amt als Präsidentin des Agglomerationsrats

Frau Eggelhöfer, am 7. Oktober 2010 ist Ihr Amt als Präsidentin des Agglomerationsrates zu Ende gegangen. Wie fühlen Sie sich?

U.E.: Ich bin zufrieden für die Allgemeinheit etwas geleistet zu haben und um eine Erfahrung reicher, eine so grosse «Mannschaft» von Agglomerationsräten an den Sitzungen geführt zu haben.

Welches waren die Höhepunkte?

U.E.: Zwei standen im Vordergrund: Die Agglomerate haben bei der letzten Sitzung den Kredit für die Haltestelle St. Leonard gesprochen. Diese Haltestelle wird den Senslern erlauben, mit der SBB schneller und ruhiger an die Sportveranstaltungen, in die Einkaufszentren oder an die Foire de Fribourg zu gelangen.

Und: Beim Stichtscheid, den ich fällen musste bei der Leistungsvereinbarung im Bereich des öffentlichen Verkehrs mit Tafers, St. Ursen und Grolley (nicht Agglo-Gemeinden), hat mein Senslerherz gesiegt.

Was hat Ihnen weniger gut gefallen?

U.E.: Bei einer Sitzung im Justizgebäude ist die Aufnahme des Protokolls vergessen gegangen, so musste die Administration der Agglomeration mit grossem Aufwand die Fakten wieder zusammentragen. Dies brauchte Zeit, Geld und Nerven.

Zudem war nicht immer einfach die Meinung zu vertreten, dass die Gemeinde Düdingen mit 61 Prozent Neinstimmen trotzdem dem Agglomerationsgebilde beitreten sollte.

Welches waren die Geschäfte, die von den Agglomeräten verabschiedet und von Ihnen nun die Unterschrift zusammen mit dem Staatsrat tragen?

U.E.: Das Personalreglement der Agglomeration, die Richtlinie Teil-Mobilität, das Reglement für die Anerkennung der regionalen Bedeutung der kulturellen Aktivitäten, die Änderung von Artikeln der Statuten, die Ratifizierung der Leistungsverträge für nicht Agglo-Gemeinden, Beschlussentwürfe bezüglich der Investitionsausgaben im

Rahmen der Revision des Richtplans (Teil Raumplanung und Mobilität) und last but not least der Kredit für die Haltestelle St. Leonard in Freiburg.

Wie geht es jetzt weiter mit Ihnen persönlich, was haben Sie vor?



U.E.: Nun, ich bin gewählte Agglomerationsrätin bis zum Legislatur-Ende 2011 und möchte von der Düdinger Gemeindeversammlung wieder gewählt werden, da mir die Arbeit Spass macht und die Gemeinde Düdingen weiterhin eine Agglomerationsgemeinde bleibt. Zusätzlich will ich für den Grossrat kandidieren. Ich finde, es ist nun an der Zeit, dass meine politische Arbeit in den verschiedenen Gremien in der Gemeinde und Agglomeration von der Bevölkerung gewürdigt wird. Ich politisiere nun seit 15 Jahren und es wäre die Krönung meiner Arbeit, im Kanton die Sporen abverdienen zu können.

Woher nehmen Sie Ihre Motivation?

U.E.: Ich bewege gerne etwas, liebe Herausforderungen und im politischen Alltag werde ich von meiner Familie, von Parteifreunden wie auch anderen Partei-Politikern unterstützt. Das gibt mir Motivation und Selbstvertrauen.

Ursula Eggelhöfer, vielen Dank und alles Gute!

Zug um Zug für Düdingen

Wie bereits berichtet, steigt die FDP Düdingen unter diesem Motto in die Gemeinderatswahlen 2011. In der letzten Ausgabe hat sich der amtierende FDP-Gemeinderat Franz Schneider zu seinen Erfahrungen während der letzten zwei Perioden geäussert und der junge Kandidat Stefan Fasel vorgestellt.

In dieser Nummer steht ein weiterer Kandidat im Vordergrund: Patrick Stampfli wird für die FDP Düdingen ebenfalls ins Rennen steigen und beantwortet in diesem Zusammenhang die nachstehenden Fragen.

Patrick Stampfli, Sie kandidieren das erste Mal für den Gemeinderat von Düdingen. Was hat Sie zu diesem Schritt bewegt?

P.S.: Nach diversen Engagements in den letzten Jahren (OK DÜDEX 2009, OK Martinsmarkt, Vorstand Gewerbeverein, Energie- und Liegenschaftskommission u.a.) finde ich, es wäre an der Zeit, den nächsten Schritt zu machen. Ausserdem sehe ich die politische Arbeit als grosse Herausforderung, derer ich mich gewachsen fühle.

Weshalb sollten die Stimmbürgerinnen und -bürger Sie wählen?

P.S.: Als Gewerblener von Düdingen kenne ich viele Gegebenheiten des Dorfes. Ich arbeite und lebe zum grössten Teil in Düdingen. Zudem denke ich, dass viele Fähigkeiten meines Berufes auch in der Politik eingesetzt werden können: Zielstrebigkeit, lösungsorientiertes Arbeiten und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Interessensgruppen.

Angenommen, Sie würden gewählt, was möchten Sie als Mitglied des Gemeinderats bewirken?

P.S.: Genau um das herauszufinden stelle ich mich zur Wahl!

Welches sind Ihrer Meinung nach die dringendsten Themen, die im Gemeinderat behandelt werden sollten?

P.S.: Obwohl Düdingen geografisch ein optimaler Standort ist, gelingt es uns nicht, mehr Gewerbe und Industrie anzusiedeln. Die Rahmenbedingungen dafür müssen unbedingt verbessert werden. Ausserdem muss das Erreichen des Labels «Energistadt» ein Ziel für unsere Gemeinde sein. Das heisst

konkret: Alle öffentlichen Gebäude, Transporte, Beleuchtungen etc. müssen optimiert werden.

Natürlich ist auch immer ein Fokus auf einen moderaten Umgang mit den Finanzen zu werfen wie auch auf eine schlanke Führung der öffentlichen Verwaltung.

Bitte äussern Sie sich zum Schluss noch zu folgenden Aussagen: «Ich setze mich für Düdingen ein, weil...»

P.S. ...ich mich in Düdingen wohl fühle und meinen Beitrag dazu leisten will, dass es eine ideale und attraktive Gemeinde bleibt.

«Besonders am Herzen liegt mir...»

P.S. ...dass wieder mehr Leute an die Gemeindeversammlung kommen um dem Gemeinderat ihre Anliegen und Bedürfnisse mitzuteilen.

«Weniger Freude bereitet mir...»

P.S. ... der Verkehr in Düdingen.

Patrick Stampfli, vielen Dank und alles Gute!

Die Redaktion



Patrick Stampfli

- Verheiratet, Vater von 3 Kindern
- Geschäftsmithaber bei Stampfli Haustechnik AG, Düdingen
- Hobbies: Tischtennis, Velofahren, Jassen und Curling

SENSIA AG
Kreation in Karton und Papier

Die Druckerei mit dem guten Auge!

Bonnstrasse 22 | 3186 Düdingen | www.sensia.info
Tel. 026 492 90 60 | office@sensia.info

heizen kühlen lüften regeln sanitär
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire

RIEDO CLIMA

RIEDO Clima AG Düdingen
Warpelstrasse 12, 3186 Düdingen
Tel. 026 492 94 00 office@riedoclima.ch
Fax 026 492 94 01 www.riedoclima.ch

MODE oberson
bahnhofzentrum düdingen

mehr [als] mode

emmental
versicherung

Die Versicherung für KMU,
Privathaushalt und Landwirtschaft

Ernst Schneider-Roux • Hauptagentur Alterswil
Tel. 026 494 12 69 / 079 479 29 19 • em.schneider@gmx.ch

Jeckelmann Roland AG

Treppenbau
Schreinerie

Bonnstrasse 26
3186 Düdingen
Tel. 026 493 31 19

Wir rechnen Ihren Erfolg

axalta
Treuhand AG

Wirtschaftsprüfung
Buchführung
Unternehmensberatung

Duensstrasse 1
CH-3186 Düdingen
Tel +41 26 505 11 11
Fax +41 26 505 11 12
info@axalta.ch
www.axalta.ch

IMMO NOVA

Erwin Egger
Immobilien-Treuhänder

Bahnhofplatz 5
1701 Freiburg
Tel. 026 351 15 70

www.immonova.ch
e-mail: vente@immonova.ch
Mobile 079 606 31 39

Baeriswyl, Schaller u. Partner AG
Dipl. Bau-Ing. ETH/SIA

Bonnstrasse 26, 3186 Düdingen
Tel. 026 493 19 15
office@bsping.ch, www.bsping.ch

Liberaler Menschen



Was heisst eigentlich liberal?

Als Ben Vautier anlässlich der Weltausstellung in Sevilla den Schweizer Pavillon unter den Titel «La Suisse n'existe pas» stellte, wurde er fast gelyncht. Wochenlang befasste sich das Parlament damit und ganz Helvetia war wie aus dem Häuschen. Blick und Konsorten liefen geistigen Amok. Dabei hatte er eigentlich recht. Real, greifbar gibt es die Schweiz tatsächlich nicht. Auch die Parteien existieren nicht real greifbar, weder die SVP, die Grünen, die SP und die CVP oder sonst wer. Auch die FDP und der Liberalismus existieren in diesem Sinne nicht. Oder haben Sie jemals der FDP die Hand gegeben, mit ihr ein Bier getrunken, mit ihr gestritten und gerungen?

Haben Sie je mit dem Liberalismus diskutiert und disputiert? Institutionen – egal um welche es

sich handelt – sind geistige Konstrukte, Illusionen, Papierwirklichkeiten. So gesehen gibt es eben den Liberalismus nicht. Aber es gibt liberale Menschen. Zuhäuf. Und wer ist ein Liberaler, eine Liberale?

Liberaler Menschen wollen frei und individuell sein.

Liberaler Menschen wissen, dass Freiheit und tun und lassen, was man will, nicht dasselbe sind.

Liberaler Menschen wissen, dass ihre Freiheit dort aufhört, wo die des andern beginnt.

Liberaler Menschen sind offen und tolerant.

Liberaler Menschen setzen sich für Gedankenfreiheit ein, selbst dann, wenn der andere anders denkt, als man selbst.

Liberaler Menschen übernehmen die Verantwortung für ihr eigenes Leben.

Liberaler Menschen wissen, dass nur sie für ihr Handeln verantwortlich sind.

Liberaler Menschen helfen andern, sich selber zu helfen.

Liberaler Menschen kümmern sich um Schwache und Bedürftige.

Liberaler Menschen distanzieren sich von jeglichen Dogmen – auch dem Dogma, dass Liberalismus der einzige Weg zum Ziel sei.

Wenn solche Menschen dann Politik machen, engagieren sie sich für Liberalismus in Politik und Gesellschaft ein. Dann beginnt, Liberalismus zu leben.

Liberaler Gesellschaft

In unserer Gesellschaft sind die Parolen «ja keine Experimente» und «Sicherheit für alles und alle» an der Tagesordnung. Dadurch werden immer mehr Menschen entwöhnt, sich für ihr Tun und Lassen verantwortlich zu fühlen. Die Mehrheit der stimmberechtigten Menschen ist träge geworden und zusehends wenden sich «mündige Bürger» vom Staat ab.

Wer nun annimmt, dass eine sogenannte politische Grundwelle der Weg ist, um aus diesem Tief heraus zu kommen, irrt. Noch nie hat ein Kollektiv wirkliche Erneuerung gebracht. Am Anfang einer Veränderung, Erneuerung oder Neuerung, stand immer ein Einzelner, eine Einzelne. Und dahinter stellten sich Mehrheiten auf, die der Idee zum Durchbruch verhalfen. Aber nur wo das Individuum freien Raum hat, bringt es hervor, was am Ende die Kraft und die Selbstbehauptung einer Gesellschaft ausmacht.

Liberaler Denken

Liberaler Denken stellt sich immer wieder selbst in Frage. Liberalismus ist

kein Ziel, sondern ein Prozess. Ein nie endender Denkprozess, der immer wieder vor die Frage führt, was im Wandel der Freiheit des Einzelnen und der Gesellschaft dienlich oder schädlich ist. Die ständige Auseinandersetzung mit dieser Frage erst lässt den Liberalismus leben.

Man könnte auch sagen: ein denkendes Leben und ein gelebtes Denken nimmt Anstoss an der verwalteten Wahrheit.

Liberaler Politik

Liberaler Politik setzt sich für einen effizienten und wirkungsvollen Staat ein, einen Staat, der die Bedingungen für die freie Entwicklung der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.

Der Staat soll für den Bürger da sein – und nicht umgekehrt.

Liberaler Wirtschaftspolitik

Sie sieht im Markt einen Mechanismus und keine Ideologie. Überall dort, wo der Markt keine Nachhaltigkeit (= Gleichgewicht von wirtschaftlich sinnvoll, sozial verträglich und ökologisch notwendig) zu schaffen vermag, muss der Staat marktwirtschaftliche Spielregeln aufstellen.

Beat Brüllhart, Dürdingen

Zum Nachdenken

Ein Naturwissenschaftler – ein Ichthyologe, ein Fischeachverständiger also – wollte das Leben im Meer erforschen und hat zu diesem Zweck einfach Fische gefangen.

Nach jahrelangem Fischen hat er ein Grundgesetz der Ichthyologie entdeckt: «Alle Fische sind grösser als fünf Zentimeter». Denn bei keinem einzigen Fang war je ein Fisch kleiner als fünf Zentimeter dabei. Als er seine bahnbrechende Entdeckung seinem Freund, einem Metaphysiker erzählt, meinte dieser: «Das ist doch gar kein Grundgesetz. Wenn du die Maschenweite deines Netzes gemessen hättest, dann hättest du gesehen, dass du gar keine kleineren Fische fangen konntest.»

Das beeindruckte den Ichthyologen überhaupt nicht. «Du verstehst nichts von Naturwissenschaften, du bist kein Ichthyologe, kein Fischer. In der Ichthyologie ist ein Fisch etwas, das man fangen kann. Und was man nicht fangen kann, gibt es nicht. Im Übrigen entspricht die Maschengrösse meines Netzes den in der Ichthyologie festgelegten Standards.»

An was erinnert Sie diese Geschichte?

Beat Brüllhart, Dürdingen

Die Linken vergreifen sich im Portemonnaie des Bürgers



Mit der vorliegenden Steuerinitiative der Sozialisten wollen diese einmal mehr die Steuern erhöhen und dem Bürger sein sauer verdientes Geld aus der Tasche ziehen.

Diesem Ansinnen der linken Parteien müssen wir uns entschieden widersetzen und ein NEIN in die Urne legen.

Denn wir wollen keine

- höheren Steuern für alle
- die Kantone nicht entmachten
- keine Standortnachteile
- die Arbeitsplätze nicht gefährden

Die SP Steuerinitiative ist ein Steuererhöhungsprogramm.

Wenn wir wegen der Initiative weniger Steuern einnehmen, weil viele Steuerzahler uns verlassen, müssen die Steuern bei allen erhöht werden, um die Ausgabegier der Linken zu stillen.

Höhere Steuern gefährden vor allem den Mittelstand und somit viele Arbeitsplätze. Davon sind besonders die ländlichen Gebiete betroffen.

Wenn die Gemeinden und Kantone die Steuern nicht mehr selber gestalten können, bleiben die attraktiven Firmen, die Arbeitsplätze schaffen, weg.

Da wir in der Schweiz – entgegen unserer Nachbarstaaten – noch die Vermögenssteuer haben, wären auch Rentner von der SP-Initiative betroffen.

Es wäre den linken Parteien zu raten sich einmal um die Finanzpolitik in den Kantonen und Gemeinden zu kümmern statt immer nur nach höheren Steuern und Abgaben zu schreien.

Das wird wohl zu viel verlangt sein, denn es ist einfacher das Geld der Anderen zu verteilen, statt nach konstruktiven Lösungen zu suchen.

Haben wir vor Augen: Unseren Wohlstand verdanken wir den Erfolgreichen.

Die sozialistische Initiative ist nicht nötig und schädlich und somit mit einem NEIN an der Urne zu bekämpfen.

Ruedi Vonlanthen, Giffers

Neue Website

Die FDP Sense hat ab 1.11.2010 eine neue Website:

www.fdp-sense.ch

Impressum

FDP Sense:
Postfach 266
3186 Dürdingen

Impuls:
Sabine Brägger-Stauffer
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

Inserate:
SENSIA AG
Bonnstrasse 22, 3186 Dürdingen
e-mail: office@sensia.info

Druck:
SENSIA AG, 3186 Dürdingen